MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

15. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 29. August 1962	Nummer 92
--------------	---	-----------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
2103	3. 8. 1962	RdErl. d. Innenministers Ausländerwesen	1358
221	1. 8. 1962	RdErl. d. Finanzministers Verteidigungslasten; hier: Aufbewahrung, Aussonderung und Vernichtung von Akten, Listen und sonstigem Schriftgut im Bereich der Verteidigungslastenverwaltung	1359
6300	20. 7. 1962	Gem. RdErl. d. Innenministers u. d. Finanzministers Änderung des RdErl. betr. Ausführung der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) v. 26. 1. 1954	1360
8053	30. 7. 1962	RdErl. d. Innenministers Überwachung der Umweltradioaktivität; hier: Einrichtung einer Amtlichen Radioaktivitätsmeßstelle für Lebensmittel einschl. des Trinkwassers beim Chemischen Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen	1364

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Innenminister	
2. 8. 1962	Bek. — Einziehung von Seren und Impfstoffen	1365
	Finanzminister	
	Personalveränderungen	1369
	Notiz	
31. 7. 1962	Schwedisches Wahlvizekonsulat in Essen	1369
	Hinweis	
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 15 v. 1. 8. 1962	1370

I.

2103

Ausländerwesen

RdErl. d. Innenministers v. 3. 8. 1962 —
I C 3 : 13—43.12

Auf nachstehende im BAnz. Nr. 139 v. 26. 7. 1962 veröffentlichte Allgemeine Verwaltungsvorschrift des Bundesministers des Innern wird zur Beachtung hingewiesen:

**Allgemeine Verwaltungsvorschrift
zur Ausländerpolizeiverordnung und zur Verordnung
Nr. 15 des Rats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
über die ersten Maßnahmen zur Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft**

Vom 17. Juli 1962

Nach Artikel 84 Abs. 2 des Grundgesetzes wird mit Zustimmung des Bundesrats folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

Am 1. September 1961 ist die Verordnung Nr. 15 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die ersten Maßnahmen zur Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft vom 16. August 1961 (Bundesgesetzbl. II S. 1610) in Kraft getreten. Zu dieser Verordnung hat der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Richtlinie betr. die Verwaltungsverfahren und -praktiken für Aufnahme, Beschäftigung und Aufenthalt der Arbeitnehmer eines Mitgliedstaates und ihrer Familienangehörigen in den anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft vom 16. August 1961 (Bundesanzeiger Nr. 11 vom 17. Januar 1962) erlassen. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, erste Maßnahmen zur Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zu treffen.

Zur Erfüllung dieser Verpflichtung ist bei Anwendung der Ausländerpolizeiverordnung vom 22. August 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1053) wie folgt zu verfahren:

1. Personenkreis

Diese Verwaltungsvorschrift ist anwendbar auf

- a) Arbeitnehmer, die Staatsangehörige der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder der Staaten sind, deren auswärtige Beziehungen ein Mitgliedstaat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wahrnimmt (Monaco und San Marino); ausgenommen sind Saison- und Grenzarbeitnehmer;
- b) die Ehegatten der Arbeitnehmer;
- c) die noch nicht 21 Jahre alten Kinder der Arbeitnehmer.

2. Aufenthaltserlaubnis für Arbeitnehmer

(1) Den unter Nummer 1 Buchstabe a genannten Arbeitnehmern ist vorbehaltlich der Einschränkungen nach Nummer 4 die Aufenthaltserlaubnis für das Bundesgebiet einschließlich Berlin zu erteilen und bei Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer zu erneuern, wenn

- a) eine Zusage der Arbeitserlaubnis
(Nummer 9 Buchstabe c des Runderlasses des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 9. Februar 1960 — I a 6 5751 — Dienstblatt der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung S. 209 —),
- b) eine vorläufige Arbeitserlaubnis
(§ 8 der Neunten Verordnung zur Durchführung des AVAVG vom 20. November 1959 — Bundesgesetzbl. I S. 689 —) oder
- c) eine Arbeitserlaubnis (§ 43 AVAVG) nachgewiesen ist.

(2) Wird die Arbeitserlaubnis für eine kürzere Zeit als ein Jahr erteilt oder zugesichert, ist die Aufenthaltserlaubnis entsprechend zu befristen. Im übrigen bleibt die Bemessung der Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis dem pflichtmäßigen Ermessen der Ausländerbehörde überlassen (§ 3 Abs. 2 Ausländerpolizeiverordnung, Nummern 11 und 12 der Dienstanweisung zur Ausländerpolizeiverordnung).

3. Aufenthaltserlaubnis für Familienangehörige

(1) Ehefrauen und Kindern unter 21 Jahren (Nummer 1 Buchstabe b und Buchstabe c) der Arbeitnehmer, denen die Aufenthaltserlaubnis nach Nummer 2 erteilt wird, ist vorbehaltlich der Einschränkungen nach Nummer 4 die Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn der Arbeitnehmer über eine normale Anforderungen entsprechende Wohnung für seine Familie verfügt und seine Familienangehörigen hierin aufnimmt. Die Aufenthaltserlaubnis für die Familienangehörigen ist auf denselben Zeitraum zu befristen wie für den Arbeitnehmer.

(2) Bei anderen Familienangehörigen, denen der Arbeitnehmer ganz oder überwiegend Unterhalt gewährt und mit denen er in häuslicher Gemeinschaft lebt, wird das pflichtmäßige Ermessen der Ausländerbehörde bei der Entscheidung über die Aufenthaltserlaubnis nicht eingeschränkt. Jedoch ist in diesen Fällen unter Berücksichtigung der Familieneinheit wohlwollend zu prüfen, ob die Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann, wenn der Arbeitnehmer über eine normale Anforderungen entsprechende Wohnung auch für diese Familienangehörigen verfügt und sie hierin aufnimmt.

4. Einschränkungen der Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltsverbot

(1) Die Aufenthaltserlaubnis darf nur versagt, räumlich beschränkt sowie mit Bedingungen oder Auflagen versehen werden, wenn hierfür Gründe der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder der öffentlichen Gesundheit vorliegen. Auch ein Aufenthaltsverbot darf nur aus diesen Gründen erlassen werden. Bei Entscheidungen über den Aufenthalt ist stets zu prüfen, ob solche Gründe vorliegen.

(2) Die Einschränkungen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung im Sinne dieser Vorschriften sind nicht an die engeren Voraussetzungen für ein Einschreiten der Behörden zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im deutschen Ordnungs-(Polizei-)Recht geknüpft. Der Begriff der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nach diesen Vorschriften ist wie in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in dem weiten Sinne aufzufassen, in dem er im allgemeinen in den kontinentalen Ländern verstanden wird (siehe Abschnitt III Buchstabe a des Protokolls des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955 — Bundesgesetzbl. II 1959 S. 1013).

Danach fallen zumindest alle als Gründe für ein Aufenthaltsverbot besonders hervorgehobenen Tatbestände des § 5 Abs. 1 Buchstaben a—i der Ausländerpolizeiverordnung unter diesen weiten Begriff der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Eine Einschränkung nach Absatz 1 setzt keine konkrete Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung voraus. Liegen vielmehr Gründe der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung in diesem weiten Sinne vor, bleibt das deutsche Ausländerrecht unberührt, wird also entgegen Nummer 2 und Nummer 3 das Ermessen der Ausländerbehörden nicht gebunden.

(3) Gründe der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung dürfen nicht zur Verfolgung wirtschaftlicher einschließlich arbeitsmarktpolitischer Ziele verwandt werden.

(4) Inwieweit ausländerrechtliche Maßnahmen gegen die in Nummer 1 genannten Ausländer aus Gründen der öffentlichen Gesundheit gerechtfertigt sind, insbesondere welche Krankheiten die Verweigerung des Aufenthalts solcher Ausländer rechtfertigen, wird durch besondere Vorschriften geregelt, die entsprechend den Richtlinien des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nach Artikel 47 der Verordnung Nr. 15 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergehen.

5. Ausweise und Form der Aufenthaltserlaubnis

(1) Die in Nummer 1 genannten Ausländer benötigen für den Grenzübergang und den Aufenthalt im Bundesgebiet einen Paß oder einen vom Heimatstaat ausgestellten Personalausweis. Sie bedürfen keines Sichtvermerks (Artikel 1 der Verordnung zur Änderung der Paßverordnung vom 19. Dezember 1961 — Bundesgesetzbl. I S. 2012 —).

(2) Den Ausländern, die sich nicht durch einen Paß, sondern durch einen vom Heimatstaat ausgestellten Personalausweis ausweisen, wird die Aufenthaltserlaubnis auf einem besonderen Blatt erteilt. Hierzu ist das Formblatt zu verwenden, das für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an Personen, die vom Paßzwang befreit sind, vorgesehen ist (vgl. Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 31. Januar 1958 — I B 3 — 13 304 B — 512 IV:57 — Gemeinsames Ministerialblatt S. 72 —). Die Bestimmung über den Ausschluß einer unselbständigen Tätigkeit in dem Formblatt ist zu streichen.

6. Inkrafttreten

Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt am 20. Juli 1962 in Kraft.

An die Regierungspräsidenten,
Ausländerbehörden.

— MBl. NW. 1962 S. 1358.

221

Verteidigungslasten;

hier: Aufbewahrung, Aussonderung und Vernichtung von Akten, Listen und sonstigem Schriftgut im Bereich der Verteidigungslastenverwaltung

RdErl. d. Finanzministers v. 1. 8. 1962 —
VL 4000 — 1884/62 III D 3

Die vom Bundesminister der Finanzen durch Erl. v. 8. 5. 1962 (MinBifin S. 266) für den Bereich der Bundesfinanzverwaltung eingeführten Bestimmungen über die Aufbewahrung von Akten, Listen und sonstigem Schriftgut bei den Oberfinanzdirektionen und den ihnen nachgeordneten Behörden setze ich auch für die Behörden der mittleren und unteren Verwaltungsstufe der Verteidigungslastenverwaltung im Lande Nordrhein-Westfalen in Kraft. Ich bitte, künftig nach diesen Bestimmungen unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen und Ergänzungen zu verfahren:

1. Die in Abs. (15) d. vorerwähnten Erl. v. 8. 5. 1962 für die Kassen der Verteidigungslastenverwaltung getroffene Ausnahmeregelung entspricht der bisher für das Land Nordrhein-Westfalen geltenden Sonderregelung.
2. Anstelle des allgemeinen Vorbehalts unter A 6 e der „Bestimmungen“ (Anlage 1 d. Erl. v. 8. 5. 1962) können im gegenwärtigen Zeitpunkt grundsätzlich nur für die nachstehend näher bezeichneten Gebiete begrenzte Aufbewahrungszeiten treten:

Bezeichnung der Akten Aufbewahrungsdauer

aa) auf dem Sachgebiet
„Beschäftigte bei den
Streitkräften“

1. Personalakten einschließlich Verdienstsachweiskarten zur Gruppenversicherung, jedoch ausgenommen die Lohnstammkarten

a) bei Ausscheiden 10 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Arbeitnehmer ausgeschieden ist.

b) bei Tod 3 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Arbeitnehmer verstorben ist.

2. Prozeßakten über Arbeits- und Sozialrechtsstreite

5 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Verfahren rechtskräftig abgeschlossen wurde.
Bei höchstrichterlichen Entscheidungen sind die Akten anschließend an das Staatsarchiv abzugeben.

3. Monatliche Lohnzusammenstellungen 5 Jahre nach Ablauf des Rechnungsjahres, in dem sie erstellt wurden.
4. Anordnungsunterlagen (Zeit- und Anwesenheitslisten, sonstige Nachweise)

a) für Lohnzahlungen	3 Jahre	} nach Ablauf des Rechnungsjahres, in dem die Zahlung erfolgte.
b) für Reisekosten	3 Jahre	
c) für zur Erstattung geltend gemachter Barausgaben	3 Jahre	

5. Lohnpfändungsunterlagen 5 Jahre nach Ablauf der Verpflichtungen als Drittschuldner.

bb) ferner

1. Lagerbücher der ehemaligen Möbellager der Besatzungstreitkräfte; Versteigerungsprotokolle 10 Jahre

2. Abstimmung der anerkannten Besatzungskosten mit den Streitkräften 3 Jahre nach Beendigung des Rechnungsjahres, auf das sie sich beziehen.

3. Abrechnungen mit der ehemaligen französischen Besatzungsmacht und Verwendungsnachweise Formbl. A 1 und A 2 wie vor.

Sofern jedoch in den einzelnen Dienststellen besondere Schwierigkeiten bezüglich der Aufbewahrung des Schriftgutes bestehen, erhebe ich keine Bedenken, wenn in dem unbedingt erforderlichen Umfange eine Aussonderung von Schriftgut, das sich auf allgemeine Eingaben, formlose Beschwerden über den Einzelfall u. ä. bezieht, vorgenommen wird. Dies hat jedoch unter der Verantwortlichkeit eines besonders zu bestellenden, nicht der Registratur angehörenden Beamten zu geschehen, der auf Grund seiner dienstlichen Stellung und seiner Kenntnisse und Erfahrungen über den nötigen Überblick verfügt, um die Unschädlichkeit der Maßnahme besonders auch im Hinblick auf zwischenstaatliche Verhandlungen beurteilen zu können.

3. Auf die in Abschn. B. der „Bestimmungen“ für die Kassen der Verteidigungslastenverwaltung und für die Vorprüfungsstellen enthaltenen Vorschriften weise ich besonders hin.
4. In den Ziff. 3 und 11 (Spalte zuständiges Staatsarchiv) des Verzeichnisses der zuständigen Staatsarchive (Anlage 2 d. Erl. v. 8. 5. 1962) sind die Worte „Staatsarchiv (Landeshauptarchiv)“ jeweils zu streichen und zu ersetzen durch das Wort „Hauptstaatsarchiv“. Außerdem ist in Ziff. 11 die Anschrift von Prinz-Georg-Straße 70 in Prinz-Georg-Straße 78 abzuändern.

Ergänzend weise ich darauf hin, daß die archivreifen Prozeßakten [vgl. vorstehende Ziff. 2 aa) 2.] von den Behörden der Verteidigungslastenverwaltung an folgende Archive abzugeben sind:

- a) Im Bereich der Regierungsbezirke Aachen, Düsseldorf und Köln an das Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf;
- b) Im Bereich der Regierungsbezirke Arnsberg und Münster an das Staatsarchiv in Münster;
- c) im Bereich des Regierungsbezirks Detmold an das Staatsarchiv in Detmold.

5. Die vorstehenden Regelungen gelten auch für die bei den aufgelösten Ämtern für Verteidigungslasten (früher Kreisfeststellungsbehörden, Kreisbesatzungskostenämter) und Lohnstellen sowie deren Amtskassen verbliebenen Unterlagen.

6. Meinen Erl. v. 16. 4. 1959 (SMBl. NW. 221) hebe ich hiermit auf.

— MBl. NW. 1962 S. 1359.

6300

**Anderung des RdErl.
betr. Ausführung der Gemeindehaushaltsverordnung
(GemHVO) vom 26. 1. 1954**

Gem. RdErl. d. Innenministers — III B 2 — 5:11 — 6556:62
u. d. Finanzministers — I F 1 Tgb.Nr. 4160:62 —
v. 20. 7. 1962

Durch das am 1. Juni 1962 in Kraft getretene Bundessozialhilfegesetz v. 30. Juni 1961 sowie durch die Neufassung des Jugendwohlfahrtsgesetzes v. 11. August 1961 und des Bundesversorgungsgesetzes v. 27. Juni 1960 ist eine Änderung der Gliederung der kommunalen Haushalte und der Gruppierungsziffern für die Einnahme- und Ausgabearten notwendig geworden. Daher wird unser Gem. RdErl. betr. Ausführung der Gemeindehaushaltsverordnung v. 26. 1. 1954 (SMBL. NW. 6300) wie folgt geändert:

Zu § 4:

In dem Beispiel zu Ziff. 2 werden die Worte „Fürsorge und Jugendhilfe“ durch die Worte „Soziale Angelegenheiten“ und die Worte „Gesundheits- und Jugendpflege“ durch das Wort „Gesundheitspflege“ ersetzt.

Zu § 8:

Ziff. 4 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Das ist z. B. der Fall bei den Mitteln des Lastenausgleichs, die nach § 2 der Verordnung über die

haushalts-, kassen- und rechnungsmäßige Verwaltung des Ausgleichsfonds vom 22. Oktober 1954 (BGBl. I S. 285) von den Gemeinden (GV) nach den für sie geltenden Vorschriften veranschlagt werden können; das gleiche gilt für die Kosten, die die Landschaftsverbände den örtlichen Trägern der Sozialhilfe und Kriegsofopferfürsorge bzw. die die Landkreise den Ämtern und amtsfreien Gemeinden erstatten, wenn diese gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes v. 25. Juni 1962 (GV. NW. S. 344) und § 3 des Gesetzes zur Durchführung der Kriegsofopferfürsorge v. 25. Juni 1962 (GV. NW. S. 348) die den Landschaftsverbänden bzw. den Landkreisen obliegenden Sozialhilfe- und Kriegsofopferfürsorgeaufgaben durchführen.“

Muster 3:

In der Vorbemerkung erhält die Ziff. 4 b) folgenden Wortlaut: „Im Einzelplan 5 genügt die Ausgliederung des Abschnitts 51, im Einzelplan 6 der Abschnitte 64 und 65. Die sonstigen Einnahmen und Ausgaben dieser Einzelpläne können jeweils unter einem neu zu bildenden Abschnitt 59 bzw. 69 zusammengefaßt werden.“

Muster 3 (Muster a):

Im Muster a (Gliederung des Haushaltsplanes) wird der Einzelplan 4 (Fürsorge und Jugendhilfe) mit seinen Abschnitten und Unterabschnitten und den dazu aufgeführten Verwaltungszweigen durch folgenden Einzelplan 4 (Soziale Angelegenheiten) ersetzt:

Einzelplan	Abchnitt	Unterabschnitt	Bezeichnung
4			Soziale Angelegenheiten
	40		Verwaltung der sozialen Angelegenheiten
		400—406	Verwaltung der sozialen Angelegenheiten (ohne Jugendhilfe- und Lastenausgleichsverwaltung)
			Verwaltung der Sozialhilfe (persönliche und sächliche Kosten außerhalb von Einrichtungen)
			Verwaltung der Kriegsofopferfürsorge
			Verwaltung der Vertriebenen- und Flüchtlingsangelegenheiten
			Verwaltung der sonstigen sozialen Maßnahmen (ohne Lastenausgleichsverwaltung)
		407	Verwaltung der Jugendhilfe (persönliche und sächliche Kosten außerhalb von Einrichtungen)
		408	Lastenausgleichsverwaltung
	41		Sozialhilfe und sonstige soziale Leistungen (ohne Leistungen nach Abschnitt 42)
		410	Sozialhilfe: Hilfe zum Lebensunterhalt Laufende und einmalige Leistungen
		411 u. 412	Sozialhilfe: Hilfe in besonderen Lebenslagen (ohne Tbc-Hilfe)
			Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage (Beihilfen und Darlehen)
			Ausbildungshilfe (Beihilfen und Darlehen)
			Vorbeugende Gesundheitshilfe
			Krankenhilfe
			Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen
			Eingliederungshilfe für Behinderte
			Blindenhilfe
			Hilfe zur Pflege
			Hilfe zur Weiterführung des Haushalts
			Hilfe für Gefährdete
			Altenhilfe
			Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen

Einzelplan	Abschnitt	Unterabschnitt	Bezeichnung
		413	Tuberkulosehilfe Heilbehandlung (einschl. stationäre Dauerbehandlung) Hilfe zur Eingliederung in das Arbeitsleben Hilfe zum Lebensunterhalt (einschl. Ernährungszulagen und stationäre Dauerbehandlung) Sonderleistungen (Beihilfen und Darlehen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse, Beihilfen zur Haltung von Ersatzkräften, Besuchsbeihilfen) Vorbeugende Hilfe
		414	Sozialhilfe für Deutsche im Ausland Leistungen zu Lasten des Bundes und sonstige Leistungen
		415—419	Sonstige soziale Leistungen Krankenversorgung gemäß LAG (einschl. für Tbc-Kranke) Geschlechtskrankenfürsorge Weihnachtsbeihilfen Sonstige Hilfen Krebskrankenfürsorge
42			Sozialhilfe und sonstige soziale Leistungen für Zugewanderte u. ä. Anspruchsberechtigte (Einzelabrechnung mit Bund und Land)
		420	Sozialhilfe: Hilfe zum Lebensunterhalt Laufende und einmalige Leistungen
		421 u. 422	Sozialhilfe: Hilfe in besonderen Lebenslagen (ohne Tbc-Hilfe) Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage (Beihilfen und Darlehen) Ausbildungshilfe (Beihilfen und Darlehen) Vorbeugende Gesundheitshilfe Krankenhilfe Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen Eingliederungshilfe für Behinderte Blindenhilfe Hilfe zur Pflege Hilfe zur Weiterführung des Haushalts Hilfe für Gefährdete Altenhilfe Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen
		423	Tuberkulosehilfe Heilbehandlung (einschl. stationäre Dauerbehandlung) Hilfe zur Eingliederung in das Arbeitsleben Hilfe zum Lebensunterhalt (einschl. Ernährungszulagen und stationäre Dauerbehandlung) Sonderleistungen (Beihilfen und Darlehen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse, Beihilfen zur Haltung von Ersatzkräften, Besuchsbeihilfen) Vorbeugende Hilfe
		424—429	Sonstige soziale Leistungen Krankenversorgung gemäß LAG für Zugewanderte (einschl. Tbc-Kranke) Geschlechtskrankenfürsorge für Zugewanderte Rückführung von Evakuierten aus Gebieten außerhalb des Bundesgebietes Rückführung von Deutschen aus dem Ausland Sonstige Kriegsfolgenhilfe
43			Einrichtungen der Sozialhilfe Alters- und Siechenheime Arbeiterkolonien Arbeitsanstalten

Einzelplan	Abschnitt	Unterabschnitt	Bezeichnung
			Armenhäuser
			Blindenheime
			Erwerbsbeschränktenwerkstätten
			Erwerbslosenkurse
			Erziehungs- und Bewahrungshäuser für Erwachsene
			Heime der Bahnhofsmission
			Heime für entlassene Strafgefangene
			Körperbehindertenheime
			Obdachlosenheime
			Rechtsberatungsstellen
			Soziale Gerichtshilfe
			Taubstommenheime
			Volksküchen
			Wandererarbeitsstätten, Wandererherbergen
			Wärmestuben
			Durchgangwohnheime, Wohnlager
			Notunterkünfte
	44		Kriegsopferfürsorge
		440 u. 441	Leistungen ohne Sonderfürsorge
			Berufliche Förderungsmaßnahmen (Beihilfen und Darlehen)
			Erziehungsbeihilfen
			Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (Laufende und einmalige Leistungen)
			Erholungsfürsorge
			Wohnungsfürsorge (Beihilfen und Darlehen)
			Sonstige Hilfen (Beihilfen und Darlehen)
		442 u. 443	Leistungen der Sonderfürsorge
			Berufliche Förderungsmaßnahmen (Beihilfen und Darlehen)
			Erziehungsbeihilfen
			Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (laufende und einmalige Leistungen)
			Erholungsfürsorge
			Wohnungsfürsorge (Beihilfen und Darlehen)
			Sonstige Hilfen (Beihilfen und Darlehen)
	45		Jugendhilfe
		450	Freiwillige Erziehungshilfe, Fürsorgeerziehung
		451	Erholungspflege und Freizeithilfen
			Kinder-, Jugend- und Familienerholungspflege
			Wandern, Fahrten und Lager
			Maßnahmen der Freizeithilfen
		452	Sonstige Leistungen der Jugendhilfe
			Ergänzende Jugendhilfe für Kind und Familie
			Hilfen für Mutter und Kind vor und nach der Geburt
			Pflege und Erziehung von Säuglingen, Kleinkindern und von Kindern im schulpflichtigen Alter außerhalb der Schule
			Erzieherische Betreuung von Säuglingen, Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Gesundheitshilfe
			Unterbringung in Familien und in Einrichtungen der erzieherischen Kinder- und Jugendhilfe
			Außerschulische Bildung
			Kulturelle, soziale und politische Bildung
			Internationale Verständigung
			Jugendberufshilfen
			Berufsfördernde Maßnahmen

Einzelplan	Ab-schnitt	Unterabschnitt	Bezeichnung
			Vormundchaftswesen
			Erziehungsbeistandschaft
			Jugendgerichtshilfe
			Beratung in Fragen der Ehe und Familie
			Adoptionswesen
			Jugendschutz
			Pflegekinderschutz
			Fortbildung a. d. Gebiet der Jugendhilfe
46			Einrichtungen der Jugendhilfe
	460		Einrichtungen der freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung
			Aufnahmeheime
			Erziehungsheime
	461 u. 462		Einrichtungen der Erholungspflege und Freizeiteinrichtungen
			Einrichtungen der Erholungspflege
			Kinder-, Jugend- und Familienerholungsstätten
			Zeltlager und Zeltplätze
			Jugendherbergen
			Freizeiteinrichtungen
			Heime der offenen Tür, Nachbarschaftsheime
			Jugendgruppenheime und Häuser der Jugend
			Klubräume, Werk- und Bastelräume
			Spielplätze für Kinder und Jugendliche
	463—468		Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe
			Einrichtungen der ergänzenden Jugendhilfe für Kind und Familie
			Erziehungs-, Jugend-, Ehe- und Familienberatungsstellen
			Einrichtungen der Mütter- und Elternbildung
			Kindertagesstätten, Kinderheime
			Jugendschutzstellen
			Einrichtungen der außerschulischen Bildung
			Jugendbildungsstätten
			Tagesstätten zur Durchführung jugendpflegerischer Bildungsmaßnahmen
			Einrichtungen der Jugendberufshilfe
			Tagesstätten und Heime der berufsfördernden Jugendhilfe
			Jugendwohnheime
47			Förderung der freien Wohlfahrtspflege und freien Jugendhilfe
	470		Förderung der freien Wohlfahrtspflege
	471		Förderung der freien Jugendhilfe
			Förderung der Maßnahmen, Einrichtungen und Personalleistungen der Jugendverbände, Wohlfahrtsverbände und sonstigen Träger
48			Sonstige soziale Maßnahmen
	480		Lastenausgleichsleistungen
	481		Härtebeihilfen nach dem Allgemeinen Kriegsfolgen-gesetz
	482		Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz
	483		Leistungen nach dem Kriegsgefangenenentschädi-gungsgesetz
	484		Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz
	485		Miet- und Lastenbeihilfen
49			Nicht aufteilbarer Sozialaufwand

Im Muster a wird die Überschrift des Einzelplans 5 „Gesundheits- und Jugendpflege“ durch „Gesundheitspflege“ ersetzt; die Abschnitte „56 Jugendpflege“ und „57 Einrichtungen der Jugendpflege“ werden mit den dazu aufgeführten Verwaltungszweigen gestrichen, weil die Aufgaben der Jugendpflege nach der Änderung des Jugendwohlfahrtsgesetzes zur Jugendhilfe gehören.

Muster 3 (Muster c):

Im Muster c (Gruppierungsziffer für die Einnahme- und Ausgabearten) werden bei Gruppe 5 die Worte „Zuweisungen, Steuerbeteiligungsbeträge und Fürsorgeleistungen“ durch die Worte „Zuweisungen, Steuerbeteiligungsbeträge und Leistungen auf dem Gebiet der sozialen Angelegenheiten“ ersetzt; die Untergruppe „55—56 Fürsorgeleistungen der offenen Fürsorge“ wird durch die Untergruppe „55 Leistungen auf dem Gebiet der sozialen Angelegenheiten außerhalb von Anstalten“ ersetzt; die Untergruppe „57 Fürsorgeleistungen der geschlossenen Fürsorge“ wird durch die Untergruppe „56 Leistungen auf dem Gebiet der sozialen Angelegenheiten in Anstalten“ ersetzt; bei der Untergruppe 58 werden die Worte „Renten und Geldzuwendungen außerhalb der Fürsorge“ durch die Worte „Renten und Geldzuwendungen außerhalb der sozialen Angelegenheiten“ ersetzt.

Muster 11 (Haushaltsquerschnitt):

Unter A.I.O. lfd. Nr. 2 Buchstabe b) werden die Worte „Zuweisungen zur kriegsbedingten Fürsorge“ durch die Worte „Zuweisungen zur kriegsbedingten Sozialhilfe und sonstigen Kriegsfolgenhilfe (Einzelabrechnung mit Bund und Land)“ ersetzt; Buchstabe c) wird gestrichen; Buchstaben d) bis i) werden Buchstaben c) bis h).

Unter A.I.4. lfd. Nr. 13 werden die Worte „Landesmittel für den Wohnungsbau“ gestrichen. An ihre Stelle treten die Worte „Ersatz der für andere Träger gezahlten Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeleistungen“.

Unter A.II.5. lfd. Nr. 1 Buchstabe c) werden die Worte „Anstalten des Fürsorge- und Gesundheitswesens“ ersetzt durch die Worte „Anstalten des Sozial- und Gesundheitswesens“.

Unter A.II.6. wird die lfd. Nr. 4 gestrichen; die lfd. Nrn. 5—32 werden lfd. Nrn. 4—31; bei lfd. Nr. 13 (neu) werden die Worte „Leistungen der allgemeinen Fürsorge“ durch die Worte „Leistungen auf dem Gebiet der sozialen Angelegenheiten (einschließlich der pauschalierten Kriegsfolgenhilfe)“ ersetzt; bei lfd. Nr. 14 (neu) werden die Worte „Leistungen der kriegsbedingten Fürsorge“ durch die Worte „Leistungen der kriegsbedingten Sozialhilfe und sonstigen Kriegsfolgenhilfe (Einzelabrechnung mit Bund und Land)“ ersetzt.

Unter A.II.10. lfd. Nr. 28 (neu) werden die Worte „Landesmittel für den Wohnungsbau“ gestrichen. An ihre Stelle treten die Worte „Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeleistungen für andere Träger“.

Zu den Änderungen des Musters 11 wird erläuternd auf folgendes hingewiesen:

Bei A.I.O. lfd. Nr. 2 Buchst. b) werden nur die Zuweisungen zur Kriegsfolgenhilfe für solche Empfänger, die nicht in die Pauschalierung einbezogen sind, erfaßt, während die Pauschbeträge zur Abgeltung der übrigen Kriegsfolgenhilfe bei den „Sonstigen zweckgebundenen Zuweisungen“ nachgewiesen werden.

Die überörtlichen und örtlichen Träger der Sozialhilfe bzw. Kriegsopferfürsorge erfassen ihre Leistungen bei A.II.6. lfd. Nr. 13 (neu) und 14 (neu), und zwar sowohl die von ihnen selbst gezahlten Leistungen als auch die Beträge, die sie den örtlichen Trägern bzw. den Ämtern und amtsfreien Gemeinden zu erstatten haben, wenn diese gemäß § 3 Abs. 1, § 4 des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes vom 25. Juni 1962 und § 3 des Gesetzes zur Durchführung der Kriegsopferfürsorge vom 25. Juni 1962 ihnen obliegende Aufgaben für sie durch-

führen. Die örtlichen Träger, die Aufgaben der überörtlichen Träger durchführen, sowie die Ämter und amtsfreien Gemeinden, die Aufgaben der Landkreise durchführen, erfassen die ihnen gemäß § 5 Abs. 2 und 3 AG.BSHG bzw. § 5 Abs. 2 DG.KOF erstatteten Beträge als Einnahme bei A.I.4. lfd. Nr. 13 und die daraus geleisteten Ausgaben bei A.II.10. lfd. Nr. 28 (neu).

Die in den beiden vorausgehenden Absätzen enthaltenen Erläuterungen werden dem Muster 11 in einer Fußnote als Anmerkungen zugefügt.

— MBl. NW. 1962 S. 1360.

8053

Überwachung der Umweltradioaktivität; hier: Einrichtung einer Amtlichen Radioaktivitäts- meßstelle für Lebensmittel einschl. des Trinkwassers beim Chemischen Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen

RdErl. d. Innenministers v. 30. 7. 1962 —
VI B 4 — 36.07.01 VI A 4 — 42.07

Zum Schutz der Bevölkerung vor einer Gefährdung durch wiederholte oder ständige Zufuhr geringer Mengen radioaktiver Stoffe beim Verzehr von Lebensmitteln ist es erforderlich, die Lebensmittel fortlaufend auf radioaktive Beimengungen zu überwachen. Mit Wirkung vom 1. Juli 1962 habe ich das Chemische Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen in Münster beauftragt, zunächst die im gesamten Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen zum Verzehr gelangenden Lebensmittel (i. S. von § 1 LMG i. d. F. d. Änderungsgesetzes v. 21. Dezember 1958 — BGBl. I S. 960 —, also auch das dem Verbraucher angebotene Trinkwasser) ständig stichprobenweise auf ihren Gehalt an radioaktiven Stoffen zu überwachen.

Die Probennahme wird vom Chemischen Landesuntersuchungsamt veranlaßt. Die Proben werden so gewählt und so häufig entnommen, daß sie einen Querschnitt der Gesamternährung von Erwachsenen und von Kindern unter Berücksichtigung unterschiedlicher Ernährungsgewohnheiten in den einzelnen Landesteilen repräsentieren. Damit in regelmäßigen Abständen festgestellt werden kann, welche Aktivitäten der wichtigsten Radionuclide mit dem Trinkwasser und den sonstigen Lebensmitteln insgesamt dem Verbraucher zugeführt werden, wird bei einer ausreichenden Probenzahl neben der langlebigen Gesamt-Beta-Aktivität auch der Pegel gefährlicher Radionuclide (Strontium-89, Strontium-90, Jod-131, Cäsium-137) bestimmt.

Die Meßstelle berichtet nach einem festgelegten Zeitplan über die Ergebnisse. Überdies wird mir unverzüglich fernmündlich oder fernschriftlich berichtet, sobald bei der Überwachung des Pegels gefährlicher Radionuclide festgestellt wird, daß entsprechend den Ernährungsgewohnheiten den Personen mit den Lebensmitteln an fünf aufeinanderfolgenden Tagen täglich insgesamt mehr als 10 000 Picocurie (pc) Sr-89, 100 pc Sr-90, 100 pc J-131 oder 1000 pc Cs-137 zugeführt werden.

Ich bitte, die Beauftragten des Chemischen Landesuntersuchungsamtes bei den Probennahmen zu unterstützen und die Gesundheitsämter und Chemischen Untersuchungsämter in Ihrem Bereich über die vorstehende Regelung zu unterrichten.

An die Kreisordnungsbehörden,
örtlichen Ordnungsbehörden;

nachrichtlich:

An die Regierungspräsidenten,
Oberkreisdirektoren als untere staatliche
Verwaltungsbehörden.

— MBl. NW. 1962 S. 1364.

II.

Innenminister**Einziehung von Seren und Impfstoffen**

Bek. d. Innenministers v. 2. 8. 1962 — VI A 4 — 62.01.13

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen hat mit RdSchr. v. 22. Juni 1962 — VI/i — 18 i 02 07 — mitgeteilt, daß folgende Impfstoffe und Seren wegen Ablaufes der staatlichen Gewährsdauer zum Einzug bestimmt worden sind:

Das Diphtherie-Kurantigen

mit der Kontrollnummer
313 (dreihundertdreizehn)
aus der Behringwerke AG., Marburg/Lahn

Der Diphtherie-Tetanus-Scharlach-Mischimpfstoff

mit den Kontrollnummern
306 (dreihundertsechs)
311 (dreihundertelf)
aus der Behringwerke AG., Marburg/Lahn

Der Diphtherie-Pertussis-Tetanus-Mischimpfstoff

mit der Kontrollnummer
308 (dreihundertacht)
aus der Behringwerke AG., Marburg/Lahn

Die Diphtherie-Tetanus-Mischimpfstoffe

1. mit der Kontrollnummer
22 (zweiundzwanzig)
aus der Asid Institut GmbH., München
2. mit den Kontrollnummern
310 (dreihundertzehn)
312 (dreihundertzwölf)
aus der Behringwerke AG., Marburg/Lahn

Das Gasbrand-(Gasoedem-)Serum

mit der Kontrollnummer
572 (fünfhundertzweiundsiebzig)
aus der Behringwerke AG., Marburg/Lahn

Die Poliomyelitis-Impfstoffe

1. mit den Kontrollnummern
280 — 282 (zweihundertachtzig bis zweihundertzweiundachtzig) einschließlich
aus der Behringwerke AG., Marburg/Lahn
2. mit den Kontrollnummern
24 u. 25 (vierundzwanzig und fünfundzwanzig)
aus der Farbenfabriken Bayer AG., Leverkusen
3. mit der Kontrollnummer
068/61 (Null achtundsechzig/einundsechzig)
aus dem Österreichischen Institut für Haemoderivate, Wien

Die Rotlauf-Sera

1. mit der Kontrollnummer
139 (einhundertneunddreißig)
aus dem Bakt. Institut Dr. Rentschler & Co., Warthausen
2. mit den Kontrollnummern
1986 — 1988 (eintausendneunhundertsechszundachtzig bis eintausendneunhundertachtundachtzig) einschließlich
aus der Behringwerke AG., Marburg/Lahn
3. mit den Kontrollnummern
48 u. 49 (achtundvierzig und neunundvierzig)
aus dem Serumwerk Memsen, Memsen über Hoya/Weser

Die Testsera (flüssig) zur Bestimmung der Blutgruppen A, B, O

1. mit den Kontrollnummern
975 — 977 (neunhundertfünfundsiebzig bis neunhundertsiebenundsiebzig) einschließlich

1066 — 1069 (eintausendsechshundsechzig bis eintausendneunundsechzig)
einschließlich

aus der Asid-Institut GmbH., München

2. mit den Kontrollnummern

938 — 940 (neunhundertachtunddreißig bis neunhundertvierzig) einschließlich

942 — 944 (neunhundertzweiundvierzig bis neunhundertvierundvierzig)
einschließlich

954 — 956 (neunhundertvierundfünfzig bis neunhundertsechshundfünfzig)
einschließlich

961 — 963 (neunhunderteinundsechzig bis neunhundertdreiundsechzig)
einschließlich

965 — 968 (neunhundertfünfundsechzig bis neunhundertachtundsechzig)
einschließlich

980 — 984 (neunhundertachtzig bis neunhundertvierundachtzig) einschließlich

1001 — 1003 (eintausendeins bis eintausenddreier) einschließlich

1005 (eintausendfünf)

1009 — 1017 (eintausendneun bis eintausendsiebzehn) einschließlich

1035 — 1038 (eintausendfünfunddreißig bis eintausendachtunddreißig) einschließlich

1046 — 1051 (eintausendsechshundvierzig bis eintausendeinundfünfzig)
einschließlich

1060 — 1062 (eintausendsechzig bis eintausendzweiundsechzig) einschließlich

1086 — 1088 (eintausendsechshundachtzig bis eintausendachtundachtzig)
einschließlich

aus der Behringwerke AG., Marburg/Lahn

3. mit den Kontrollnummern

929 — 934 (neunhundertneunundzwanzig bis neunhundertvierunddreißig)
einschließlich

947 — 952 (neunhundertsiebenundvierzig bis neunhundertzweiundfünfzig)
einschließlich

971 — 973 (neunhunderteinundsiebzig bis neunhundertdreiundsiebzig)
einschließlich

993 — 995 (neunhundertdreiundneunzig bis neunhundertfünfundneunzig)
einschließlich

1023 — 1025 (eintausenddreihundzwanzig bis eintausendfünfundzwanzig)
einschließlich

1027 — 1029 (eintausendsiebenundzwanzig bis eintausendneunundzwanzig)
einschließlich

1053 — 1055 (eintausenddreihundfünfzig bis eintausendfünfundfünfzig)
einschließlich

1063 — 1065 (eintausenddreihundsechzig bis eintausendfünfundsechzig)
einschließlich

1089 — 1091 (eintausendneunundachtzig bis eintausendeinundneunzig)
einschließlich

aus dem Biotest-Seruminstitut, Frankfurt/Main

4. mit den Kontrollnummern

996 — 998 (neunhundertsechshundneunzig bis neunhundertachtundneunzig)
einschließlich

aus dem Serolog. Chem. Institut Dr. E. Cohnen, Bonn

5. mit den Kontrollnummern

957 — 959 (neunhundertsiebenundfünfzig bis neunhundertneunundfünfzig)
einschließlich

987 — 989 (neunhundertsiebenundachtzig bis neunhundertneunundachtzig)
einschließlich

1056 — 1058 (eintausendsechshundfünfzig bis eintausendachtundfünfzig)
einschließlich

1078 — 1080 (eintausendachtundsiebzig bis eintausendachtzig) einschließlich

aus dem Serum-Institut Dr. H. Molter, Heidelberg

6. mit den Kontrollnummern

1031 — 1033 (eintausendeinunddreißig bis eintausenddreihunddreißig) einschließlich

aus dem Testserum-Institut, Berlin

Die Testsera (flüssig, supplementwirksam) zur Bestimmung des Rhesusfaktors D (Rh₀)

1. mit den Kontrollnummern
 - 926 u. 927 (neunhundertsechszwanzig und neunhundertsebenundzwanzig)
 - 937 (neunhundertsebenunddreißig)
 - 953 (neunhundertdreiundfünfzig)
 - 960 (neunhundertsechzig)
 - 986 (neunhundertsechsunachtzig)
 - 1006 (eintausendsechs)
 - 1018 (eintausendachtzehn)
 - 1020 u. 1021 (eintausendzwanzig und eintausendeinundzwanzig)
 - 1039 u. 1040 (eintausendneununddreißig und eintausendvierzig)
 - 1044 u. 1045 (eintausendvierundvierzig und eintausendfünfundvierzig)
 - 1059 (eintausendneunundfünfzig)
 - 1071 (eintausendeinundsiebzig)
 - 1077 (eintausendsebenundsiebzig)
 aus der Behringwerke AG., Marburg Lahn
2. mit den Kontrollnummern
 - 908 (neunhundertacht)
 - 921 u. 922 (neunhunderteinundzwanzig und neunhundertzweiundzwanzig)
 - 935 u. 936 (neunhundertfünfunddreißig und neunhundertsechsunnddreißig)
 - 945 u. 946 (neunhundertfünfundvierzig und neunhundertsechsunndvierzig)
 - 970 (neunhundertsebzog)
 - 990 u. 991 (neunhundertneunzig und neunhunderteinundneunzig)
 - 1022 (eintausendzweiundzwanzig)
 - 1026 (eintausendsechsunndzwanzig)
 - 1041 (eintausendeinundvierzig)
 - 1076 (eintausendsechsunndsebzog)
 aus dem Biotest-Serum Institut, Frankfurt/Main
3. mit der Kontrollnummer
 - 999 (neunhundertneunundneunzig)
 aus dem Serolog. Chem. Institut Dr. E. Cohnen, Bonn
4. mit den Kontrollnummern
 - 941 (neunhunderteinundvierzig)
 - 1007 u. 1008 (eintausendseben und eintausendacht)
 - 1081 u. 1082 (eintausendeinundachtzig und eintausendzweiundachtzig)
 aus dem Serum-Institut Dr. H. Molter, Heidelberg
5. mit der Kontrollnummer
 - 1034 (eintausendvierunddreißig)
 aus dem Testserum-Institut. Berlin

Die Testsera (flüssig, agglutinierend) zur Bestimmung des Rhesusfaktors D (Rh₀)

1. mit den Kontrollnummern
 - 1301 (eintausenddreihunderteins)
 - 1365 (eintausenddreihundertfünfundsechzig)
 - 1380 (eintausenddreihundertachtzig)
 aus dem Biotest-Serum-Institut, Frankfurt/Main
2. mit der Kontrollnummer
 - 1334 (eintausenddreihundertvierunddreißig)
 aus dem Serum-Institut Dr. H. Molter, Heidelberg

Die Rohsera zur Bestimmung der Blutfaktoren M und N

1. mit den Kontrollnummern
 - 978 u. 979 (neunhundertachtundsiebzig und neunhundertneunundsiebzig)
 aus der Asid-Institut GmbH., München
2. mit den Kontrollnummern
 - 1042 u. 1043 (eintausendzweiundvierzig und eintausenddreiundvierzig)
 aus dem Biotest-Serum-Institut, Frankfurt/Main

Die Trockenabgüsse zur Bestimmung der Blutfaktoren M und N

- mit den Kontrollnummern
- 393 (dreihundertdreiundneunzig)
 - 396 (dreihundertsechsunndneunzig)
- aus dem Serum-Institut Dr. H. Molter, Heidelberg

Die Tetanus-Sera

1. mit den Kontrollnummern
 6876 — 6880 (sechstausendachthundertsechundsiebzig bis sechstausendacht-
 hundertachtzig) einschließlich
 6882 — 6896 (sechstausendachthundertzweiundachtzig bis sechstausendachthundert-
 sechsundneunzig) einschließlich
 aus der Behringwerke AG., Marburg/Lahn
2. mit den Kontrollnummern
 79 u. 80 (neunundsiebzig und achtzig)
 aus der Asid-Institut GmbH., München

Die Tuberkuline

1. mit den Kontrollnummern
 44 u. 45 (vierundvierzig und fünfundvierzig) = Rinder-Einheitstuberkulin
 aus der Asid-Institut GmbH., München
2. mit den Kontrollnummern
 568 — 570 (fünfhundertachtundsechzig bis fünfhundertsiebzig) einschließlich
 = Rinder-Einheitstuberkulin
 aus dem Bakt. Institut Dr. Rentschler & Co., Warthausen
3. mit den Kontrollnummern
 26 u. 27 (sechszwanzig und siebenundzwanzig)
 = Rinder-Einheitstuberkulin
 115 (einhundertfünfzehn) = Alttuberkulin
 aus der Farbwerke Hoechst AG., Frankfurt/Main-Höchst

Der Wundstarrkrampf-(Tetanus-)Impfstoff

mit der Kontrollnummer
 40 (vierzig)
 aus der Behringwerke AG., Marburg/Lahn

Die Pseudogeflügelpest-Impfstoffe

mit den Kontrollnummern
 144 — 147 (einhundertvierundvierzig bis einhundertsiebenundvierzig)
 einschließlich
 aus der Behringwerke AG., Marburg/Lahn

Die Schweine-Rotlauf-Impfstoffe

1. mit der Kontrollnummer
 32 (zweiunddreißig)
 aus der Asid-Institut GmbH., München
2. mit den Kontrollnummern
 568 (fünfhundertachtundsechzig)
 1747 (eintausendsiebenhundertsebenundvierzig)
 aus dem Bakt. Institut Dr. Rentschler & Co., Warthausen
3. mit den Kontrollnummern
 319 — 323 (dreihundertneunzehn bis dreihundertdreiundzwanzig) einschließlich
 aus der Behringwerke AG., Marburg/Lahn
4. mit der Kontrollnummer
 22 (zweiundzwanzig)
 aus dem Serumwerk Memsen, Memsen über Hoya/Weser

Ferner hat das

Rotlauf-Serum

mit der Kontrollnummer
 145 (einhundertfünfundvierzig)
 aus dem Bakt. Institut Dr. Rentschler & Co., Warthausen/Württ.

infolge Abschwächung nicht mehr den notwendigen Gehalt an Schutzeinheiten und ist daher zum Einzug bestimmt worden.

(Im Einvernehmen mit dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen.)

Finanzminister**Personalveränderungen**

Es ist ernannt worden: Regierungsrat H. Bittner zum Oberregierungsrat.

Es ist versetzt worden: Ministerialrat F. Niebel an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Bonn.

Nachgeordnete Dienststellen

Es sind ernannt worden: Regierungsassessor E. Meyer, Finanzamt Burgsteinfurt, zum Regierungsrat; Regierungsassessor Dr. G. Mueller-Thuns, Finanzamt Köln-Land, unter Aufrechterhaltung seiner Abordnung an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Bonn, zum Regierungsrat; Regierungsassessor Dr. W. Schlutius, Finanzamt Lüdinghausen, zum Regierungsrat; Regierungsassessor D. Wengler, Finanzamt Münster-Land, zum Regierungsrat; Regierungsrat Dr. H. Erkens, Oberfinanzdirektion Köln, zum Oberregierungsrat; Regierungsrat E. Krause, Oberfinanzdirektion Düsseldorf, zum Oberregierungsrat; Regierungsrat Dr. K. Scobel, Finanzamt Aachen-Stadt, zum Oberregierungsrat bei der Steuerfahndungsstelle Aachen; Oberregierungsrat Dr. K. Kupka, Finanzamt Bonn-Land, zum Regierungsdirektor; Oberregierungsbaurat E. Meyer, Finanzbauamt Köln-Ost, zum Regierungsbaudirektor; Oberregierungsrat Dr. B. Scholz, Finanzamt Neuß, zum Regierungsdirektor; Oberregierungsrat Dr. H. Ulrich, Finanzamt Düren, zum Regierungsdirektor; Regierungsdirektor Dr. K. Maßen, Oberfinanzdirektion Düsseldorf, zum Leitenden Regierungsdirektor.

Es sind versetzt worden: Regierungsrat G. Backhaus vom Finanzamt Paderborn an das Finanzamt Burgsteinfurt; Regierungsrat Dr. W. Forsbach vom Finanzamt Moers an das Bundesministerium der Finanzen in Bonn; Regierungsrat Dr. F. Grawe vom Finanzamt Bergheim an das Finanzministerium des Landes NW.; Regierungsrat G. Nast vom Finanzamt Paderborn an das Finanzamt Münster-Stadt; Regierungsrat Dr. H. Oberlack von der Bezirksregierung Düsseldorf an das Finanzministerium des Landes NW.; Regierungsrat H.-J. Peltzer vom Finanzamt Wuppertal-Barmen an die Großbetriebsprüfungsstelle Wuppertal; Regierungsrat Dr. B.-D. Pultke vom Finanzamt Münster-Stadt an das Finanzamt Arnsberg; Regierungsrat Dr. H. Schlingmeyer vom Finanzamt Essen-Ost an das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes NW.; Regierungsrat K.-F. Schreiber vom Finanzamt Köln-Altstadt an die Konzernbetriebsprüfungsstelle Köln; Regierungsrat K. Unruh vom Finanzamt Düsseldorf-Altstadt an das Finanzamt Neuß; Regierungsrat Dr. H. Unterberg vom Finanzamt Duisburg-Nord an das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes NW.;

Regierungsrat W. Westermann von der Großbetriebsprüfungsstelle Wuppertal an das Finanzamt W.-Barmen; Regierungsdirektor Dr. H. A. Berg vom Finanzamt Bonn-Stadt an das Finanzamt Köln-Land; Regierungsdirektor Dr. W. Plümmer von dem Finanzamt Köln-Land an das Finanzamt Köln-Altstadt; Regierungsdirektor Dr. G. Trautmann vom Finanzamt Köln-Altstadt an die Oberfinanzdirektion Köln.

Es ist ausgeschieden: Regierungsrat G. Winter vom Finanzamt Mülheim (Ruhr).

Es sind in den Ruhestand getreten: Regierungsrat F. Jakob, Finanzamt Neuß; Regierungsrat F. von Loevenich, Großbetriebsprüfungsstelle Köln.

Es sind verstorben: Oberregierungsbaurat B. Hoffmann vom Finanzbauamt Iserlohn; Regierungsbaudirektor Dr. H. Vogel von der Oberfinanzdirektion Düsseldorf — Konz-Bp-Stelle I —.

Finanzgerichte

Es sind ernannt bzw. bestellt worden: Regierungsrat W. Bauschulte, Finanzamt Kleve, zum Hilfsrichter beim Finanzgericht Münster; Regierungsrat G. Dustmann, Finanzamt Bünde, zum Hilfsrichter beim Finanzgericht Münster; Regierungsrat A. Erdweg, Finanzamt Bonn-Stadt, zum Hilfsrichter beim Finanzgericht Düsseldorf; Regierungsrat D. Heiber, Finanzamt Köln-Süd, zum Hilfsrichter beim Finanzgericht Düsseldorf; Regierungsrat R. Kaiser, Finanzamt Köln-Körperschaften, zum Hilfsrichter beim Finanzgericht Düsseldorf; Regierungsrat Dr. L. Witte, Finanzamt Münster-Stadt, zum Hilfsrichter beim Finanzgericht Münster; Oberregierungsrat F.-J. Reddemann, Oberfinanzdirektion Münster, zum Hilfsrichter beim Finanzgericht Münster; Finanzgerichtsrat P. Jansen, Finanzgericht Münster, zum Finanzgerichtsdirektor.

— MBl. NW. 1962 S. 1369.

Notiz**Schwedisches Vizekonsulat in Essen**

Düsseldorf, den 31. Juli 1962
— I/5 — 445 — 1/62

Der bisherige Leiter des Schwedischen Wahlvizekonsulats in Essen, Herr Lars Frisk, hat sein Amt als schwedischer Wahlvizekonsul in Essen am 30. Juni 1962 niedergelegt. Herr Direktor Heino Ahrens ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Wahlvizekonsulats in Essen vom 1. Juli 1962 bis auf weiteres beauftragt worden.

— MBl. NW. 1962 S. 1369.

Hinweis

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 15 v. 1. 8. 1962

(Einzelpreis dieser Nummer 0,60 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite	Seite
Allgemeine Verfügungen		
Dritte Änderung der Arbeitsverwaltungsordnung für die selbständigen Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen (AVO)	181	
Zweite Änderung der Arbeitsverwaltungsordnung für die kleineren Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen (KL.AVO)	182	
Ausführung des Erstattungsgesetzes	183	
Hinweise und Rundverfügungen	183	
Personalnachrichten	184	
Gesetzgebungsübersicht	185	
Rechtsprechung		
Zivilrecht		
1. BGB § 11. — Ein eheliches Kind, dessen gemeinsam vertretungsberechtigte Eltern getrennt leben, behält den bisherigen einheitlichen Wohnsitz der Eltern als gesetzlichen Wohnsitz oder erlangt einen doppelten gesetzlichen Wohnsitz, je nachdem, ob sich die Eltern erst nach oder bereits vor seiner Geburt getrennt und verschiedene Wohnsitze angenommen haben. OLG Hamm vom 11. April 1962 — 15 Sbd 9/62	186	
2. BGB §§ 104 ff., 131; VVG § 12 III. — Erlangt nach Eintritt eines Unfalls der gesetzliche Vertreter Kenntnis davon, daß der Minderjährige ohne sein Wissen ein Moped gekauft und hierfür zugleich einen Haftpflichtversicherungsvertrag abgeschlossen hat, so liegt im allgemeinen in der Erhebung der Klage gegen den Versicherer aus dem Versicherungsvertrag seitens des gesetzlichen Vertreters die Genehmigung des Versicherungsvertrages. Der Vorschrift des § 12 III VVG ist genügt, wenn das Ablehnungsschreiben des Versicherers nur dem gesetzlichen Vertreter und nicht auch noch dem Minderjährigen zugegangen ist. — Die Klagefrist des § 12 III VVG läuft nur dann, wenn der Versicherer sich in dem Ablehnungsschreiben jeder Formulierung enthält, die geeignet sein kann, den Versicherungsnehmer in seinem Entschluß, ob er Klage erheben will, zu beeinflussen. OLG Köln vom 12. Dezember 1961 — 9 U 86/61	187	
3. BGB §§ 1634, 1666, 1837, 1886, 1764, 1765 I; FGG §§ 20, 57 I Ziff. 8, 9. — Großeltern haben grundsätzlich kein Recht auf Verkehr mit dem Enkelkind. — Pflege und Aufrechterhaltung der verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Großeltern liegt aber regelmäßig im wohlverstandenen Interesse eines Kindes. — Es steht im pflichtmäßigen Ermessen des Erziehungsberechtigten, den Umgang des Kindes mit den Großeltern aus besonderen Gründen zu beschränken oder zu unterbinden. — Das Vormundschaftsgericht kann in einem solchen Falle nur unter den Voraussetzungen der §§ 1666, 1837 oder 1886 BGB einschreiten. — Im Falle der Adoption eines Kindes setzt Pflege der Beziehungen zu den leiblichen Verwandten voraus, daß sie mit dem Zweck der Adoption und den insoweit bestehenden berechtigten Interessen des Kindes zu vereinbaren ist. OLG Hamm vom 7. Februar 1962 — 15 W 583/61	189	
4. BGB § 1671; FGG §§ 12, 19. — Die Übertragung der elterlichen Gewalt über jedes einzelne von mehreren gemeinsamen ehelichen Kindern kann einen selbständigen Verfahrensgegenstand bilden. Ein Elternteil kann deshalb sein Rechtsmittel gegen einen die elterliche Gewalt über mehrere Kinder betreffenden Beschluß des Vormundschaftsgerichts auf ein Kind beschränken. Das Beschwerdegericht ist aber ebensowenig wie das Vormundschaftsgericht an Anträge oder Ausführungen der Beteiligten gebunden. — Wird ein Elternteil bei der Entscheidung nach § 1671 III S. 1 BGB wegen der Vorfälle, die im Scheidungsurteil zur Feststellung seines überwiegenden Verschuldens geführt haben, als zur Erziehung ungeeignet angesehen, so müssen die wesentlich erscheinenden Mängel unter dem Gesichtspunkt der Eignungsfrage festgestellt werden. OLG Hamm vom 19. März 1962 — 15 W 86/62	190	
5. BGB §§ 1671, 1672; FGG §§ 23, 27. — Die bei Getrenntleben der Ehegatten nach § 1672 BGB vom Vormundschafts- oder Beschwerdegericht getroffene Regelung der elterlichen Gewalt verliert mit der Rechtskraft der Scheidung nicht ohne weiteres ihre Geltung. — Das LG verletzt einen wesentlichen Grundsatz des Beschwerdeverfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit, wenn es die elterliche Gewalt nach § 1672 BGB regelt, ohne daß schon das Verfahren des Vormundschaftsgerichts diesen Gegenstand hatte. OLG Hamm vom 5. Februar 1962 — 15 W 401/61	190	
6. EheG § 48 III. — Wenn die Parteien die Ehe nicht geschlossen haben, um eine ihrem Wesen entsprechende Lebensgemeinschaft zu begründen, sondern nur, um ihrem Kinde den Status eines ehelichen Kindes zu geben, und von ihnen also von Anfang an nicht beabsichtigt gewesen ist, das gemeinschaftliche Kind in einer häuslichen Gemeinschaft aufwachsen zu lassen, dann erfordert das wohlverstandene Interesse des minderjährigen Kindes nicht die Aufrechterhaltung der Ehe. OLG Köln vom 12. Januar 1962 — 9 U 162/61	191	
Strafrecht		
1. StGB § 24 I Nr. 5; JGG § 15 I Nr. 3. — Als gemeinnützig sind nur solche Einrichtungen anzusehen, durch deren Tätigkeit ausschließlich und unmittelbar die Allgemeinheit gefördert wird (vgl. § 17 I StAnpG). OLG Düsseldorf vom 31. Januar 1962 — 2 Ss 395/61	191	
2. StGB § 42 h. — Einem aus der Sicherungsverwahrung bedingt Entlassenen kann nicht die Verpflichtung auferlegt werden, sich der Führung und Leitung eines Bewährungshelfers zu unterstellen. OLG Düsseldorf vom 11. April 1962 — 1 Ws 140/62	192	

— MBl. NW. 1962 S. 1370.

Einzelpreis dieser Nummer 1,10 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,25 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einsseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 9,— DM, Ausgabe B 10,20 DM.